

"Frauenpower" in der Bundesstadt : die doppelte Wende von Bern

Autor(en): **Lenzin, René**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **20 (1993)**

Heft 3

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-910322>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Frauenpower» in der Bundesstadt

Die doppelte Wende von Bern

Seit dem 2. Mai 1993 hat Bern als erste Stadt in der Schweiz eine weibliche Mehrheit in der Exekutive: vier von sieben Mitgliedern des Gemeinderates sind Frauen. Damit haben die Wählerinnen und Wähler der Bundesstadt die Ereignisse von anfangs März gleichzeitig vorweggenommen und (vorläufig) abgeschlossen. Bei den Wahlen ins städtische Parlament vom 6. Dezember 1992 war der Frauenanteil nämlich auf rekordverdächtige 42,5 Prozent angestiegen. Eine doppelte Wende also!

Es brauchte allerdings zwei männliche Rücktritte, um neben den drei im Dezember gewählten eine vierte Frau in den Gemeinderat zu bringen: zunächst trat der wiedergewählte Josef Bosshard (CVP) erbost zurück, weil er – als Folge seines Alleinganges in der Wahl ins Stadtpräsidium – in ein anderes Ressort «strafversetzt» worden war. Dann sah sich die SVP gezwungen, einem ersten Nachfolgekandidaten wegen «unsauberen Umganges mit

der Wahrheit» den Rückzug nahezulegen, bevor sie Ursula Begert auf den Schild hob.

Die Bäuerin und Laborantin ist jedoch nicht als Notlösung zu bezeichnen, weil sie weitherum als kompetente Politikerin geschätzt wird und auch bekannter ist als ihr parteiinterner Rivale. Zusammen mit Therese Frösch (Grünes Bündnis), Theres Giger (FDP) und Joy Matter (Junges Bern) steht sie nun vor der Aufgabe, den zahlreichen Skeptikern zu beweisen, dass Frauen in der Politik ebenso gut bestehen können wie Männer. Nach 800 Jahren männlich dominierter

Stadtgeschichte sicher kein Zuckerschlecken!

Die vier Frauen, die aus unterschiedlichsten Welten und Berufen kommen, verdanken ihren Wahlerfolg auch etlichen Vorkämpferinnen für die Sache der Frau: etwa der ersten Berner Gemeinderätin überhaupt, Ruth Im Obersteg Geiser, die zahlreiche Schlammschlachten über sich hatte ergehen lassen müssen, oder der für viele zu engagierten und daher abgewählten Schuldirektorin Gret Haller. Möglich wurde die Berner «Frauenpower» auch dank einer gemeinsamen Wahlliste des rotgrünen Lagers, das traditionell mehr Frauen in der Politik stellt als das bürgerliche und jetzt mit vier Sitzen auch die Mehrheit im Gemeinderat innehat.

René Lenzin

Die erste schweizerische Stadtregierung mit weiblicher Mehrheit (v.l.n.r.): Kurt Wasserfallen, Therese Frösch, Theres Giger, Klaus Baumgartner (Stadtpräsident), Ursula Begert, Joy Matter, Alfred Neukomm. (Foto: adv)



Ein düsteres Bild präsentieren die Kantonsregierungen. Nur neun Kantone haben den Frauen die Türen zu ihren Regierungen geöffnet – und auch dort nur für jeweils eine Frau. Die anderen Stände sind männliche Bastionen geblieben. 1983 hatte Zürich mit der Wahl von Hedi Lang den ersten Schritt getan; darauf folgten Bern, Luzern, Schwyz, Freiburg, Solothurn, Obwalden, Basel-Stadt und der Aargau.

Einzigster Lichtblick in dieser tristen Bilanz ist die Stadt Bern: seit Mai 1993 wird sie von einer Frauenmehrheit regiert (vgl. Kasten).

Quoten machen Angst

Alle Versuche, die Entwicklung voranzutreiben, haben bis heute wenig Erfolg gehabt. Massnahmen, die den Frauen helfen sollten, die Männer einzuholen, fanden keine Unterstützung: die Quo-

tenregelung, die den Frauen einen Teil der Sitze sichern sollte, wurde im Januar 1992 vom Nationalrat als zu extrem verworfen. Zwei Initiativen, die 1990 lanciert wurden und den Frauen eine Vertretung von mindestens 40 Prozent in den Bundes-, Kantons- und Gemeindebehörden hätten garantieren sollen, sind gescheitert. Doch nach den Ereignissen vom vergangenen März wird sich das Parlament erneut mit Frauenquoten befassen müssen.

Bei den letzten Nationalratswahlen von 1991 haben die Sozialdemokraten und die Grünen in einigen Kantonen der Deutschschweiz und in Genf Frauenlisten aufgestellt. Im allgemeinen haben sich diese für die Frauen bewährt und einer Handvoll Politikerinnen den Sprung nach Bern ermöglicht. Doch der erhoffte Erdrutschsieg fand nicht statt. Zu den insgesamt 34 Nationalrätinnen (13,8%), die 1987 gewählt worden wa-

ren, kamen vier Jahre später nur 5 neue hinzu, was einer Erhöhung um 2 Prozent entspricht. Dabei hatte der Titel des umfangreichen Berichts der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen, der im Hinblick auf die Nationalratswahlen von 1991 herausgegeben wurde, noch «Nehmen Sie Platz, Madame» gelautet. Dieser Bericht enthielt insbesondere Massnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in den eidgenössischen Räten.

Vor die Tür gesetzt

Seit Beginn des Jahres 1993 gilt eine andere, wirksamere Maxime: «Machen Sie Platz, meine Herren!». Es genügt in der Tat nicht, den Frauen Mut zuzusprechen, um sie dann im politischen Spiel nur als Statistinnen auftreten zu lassen. Die am 10. März vor dem Bundeshaus versammelten Frauen haben den